

Landtagsfraktion

An die
Bürgerinitiative
„Keine Schweinemast in Köthel“

z. Hd. Herrn Wulf Janssen

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel. (0431) 988 1380
Fax (0431) 988 1382

Norderstr. 74
24939 Flensburg
Tel. (0461) 14408 300
Fax (0461) 14408 305

landtag@ssw.de

Kiel den 08.10.2010

Sehr geehrter Herr Jansen,

vielen Dank für die Übermittlung ihrer Mail und der Möglichkeit eine Stellungnahme im Namen der SSW-Landtagsfraktion zur Problematik um die mögliche Errichtung eines Schweinemastbetriebes in Köthel zu errichten.

Generell möchte ich für den SSW deutlich machen, dass wir die landwirtschaftliche Entwicklung durchaus kritisch sehen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat bereits dazu geführt, dass viele Betriebe schließen mussten und für viele existierende landwirtschaftliche Betriebe gilt, dass nur durch eine entsprechende Vergrößerung eine wirtschaftliche Rentabilität gewährleistet ist. Die Orientierung an Weltmarktpreisen und eine über Jahrzehnte falsche Förderpolitik in der Landwirtschaft haben diese Entwicklung forciert.

Auch wenn diese Entwicklung nicht wünschenswert ist, müssen wir erkennen, dass es unter den heutigen Voraussetzungen immer schwieriger wird, die bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten. Nur ein Umdenken und Umlenken in der Landwirtschaftspolitik, hin zu mehr Nachhaltigkeit kann gewährleisten, dass industrielle Massentierhaltung gestoppt wird.

Wir sehen hierfür die Notwendigkeit, einer breiten gesellschaftlichen Diskussion darüber, was uns Nahrungsmittel wert sind und welchen Stellenwert die Landwirtschaft haben soll. Aus unserer Sicht bedarf es eines Umdenkens hinsichtlich der Qualität und Produktion von Nahrungsmitteln.

Die Belastungen durch Massentierhaltung auf Mensch, Natur und Tiere sind in ihrem Schreiben bereits aufgeführt. Dem ist aus meiner Sicht nichts hinzuzufügen.

Bezüglich der Gesetzesinitiative der Grünenfraktion im Bundestag kann ich mitteilen, dass wir einer solchen Änderung durchaus zustimmen können. Wir sehen darin die Möglichkeit eine privilegierte Genehmigung von Anlagen zur Massentierhaltung einzuschränken. Es muss aber weiterhin gewährt bleiben Anlagen zur Tierhaltung im Außenbereich zu ermöglichen.

Wie sie wissen, befindet sich der grüne Antrag zur Zeit im parlamentarischen Verfahren und es bleibt abzuwarten wie darüber entschieden wird.

gez.

Flemming Meyer, MdL